



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wildwuchs beim Kiesabbau beenden I – Kommunen und Regionalplanung bei der Bedarfsermittlung nicht länger allein lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine eigene Bedarfsermittlung unter Berücksichtigung von Alternativen wie dem Einsatz von Recyclingmaterial für den Abbau von Sand und Kies vorzunehmen sowie die in Bayern tätigen Abbaunternehmen zum Führen einer Abbaustatistik zu verpflichten.

Begründung:

Das im Auftrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erstellte „Rechtsgutachten zur Rechtmäßigkeit der Ermittlung des Kies- und Sandbedarfs im Freistaat Bayern“ kommt zu dem Ergebnis, dass die derzeitige Praxis der Bedarfsermittlung für den Abbau von Sand und Kies in Bayern rechtswidrig ist. Dieser Missstand kann beseitigt werden, indem die Staatsregierung den landesweiten Bedarf dieser Rohstoffe unter Berücksichtigung möglicher Alternativen selbst ermitteln würde.

Dies würde zugleich Regionale Planungsverbände und Kommunen entlasten. Auf Landesebene regelt u. a. das Landesentwicklungsprogramm (LEP) den Abbau von Sand und Kies. Wie der Bedarf zu ermitteln ist, geht daraus aber nicht hervor. Das bleibt aktuell der regionalen bzw. kommunalen Ebene überlassen.

Aus einer Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht hervor, dass die Staatsregierung derzeit keinerlei Überblick über die in Bayern abgebauten Mengen an Sand und Kies hat (vgl. Drs. 18/11677). Dieser Umstand macht eine Planung und Steuerung schwierig.